Freitag, 28. Oktober 1921. Einzelnummer 10 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 205.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat November M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 265.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M. Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das neue Kabinett Wirth.

Berlin, 27. Oktober. (PAT.) Gestern hat die demokratische Partei den Entschluß gefaßt, sich an der Bildung der neuen Regierung nicht zu beteiligen. Trotzdem bleiben die Mitglieder dieser Partei, die Minister Rathenau und Geßler, im neuen Kabinett als Fachminister.

Das neue Kabinett Wirth wird, wie man hört, folgendermaßen zusammengesetzt sein: Reichskanzler und Minister für Auswärtiges Dr. Wirth, Vizekanzler und Schatzminister Bauer, Innenminister Köster (Sozialdemokrat), Finanzminister Dr. Zapf (bisher Unterstaatssekretär), Kriegsminister Geßler, Wiederaufbauminister Rathenau (diese beiden haben ihre Ressorts übernommen mit dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer, der demokratischen Partei), Wirtschaftsminister Schmidt, Verpflegungsminister Dr. Hermes, Postminister Giesberts, Arbeitsminister Braun, Verkehrsminister Gröner und Justizminister Spahn.

Alle bisherigen Minister aus dem Schoße der Zentrumspartei verblieben im Kabinett, ebenso die Sozialisten mit Ausnahme des Innenministers Dr. Gradnauer, der schon vorher den Posten eines sächsischen Gesandten in Berlin übernommen hatte. Was die Teilnahme der Demokraten im neuen Kabinett anbetrifft, so ist bisher noch keine Entscheidung gefallen. Da das Zentrum bedingungslos Dr. Wirth stützt, so wird im neuen Kabinett eine Mehrheit des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten vorhanden sein. Das Kabinett verfügt über eine Stimmenmehrheit von 240 bei 469 Stimmen.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Verluste Deutschlands nach dem Genfer Diktat.

Berlin, 27. Oktober. (Telunion.) Nach Angabe des Statistischen Reichsamtes beträgt die Bevölkerung des gesamten Abstimmungsgebietes rund 1 950 000, von denen rund 965 000, also rund 49 Prozent, polnisch werden. Bei der Volksabstimmung haben 770 893 für Deutschland, 479 365 für Polen gestimmt. Von der gesamten Bodenfläche des Abstimmungsgebietes (1 039 000 Hektar) werden 327 000 Hektar, also rund 30 Prozent, Polen zufallen. Von 61 Steinkohlengruben bleiben nur 11½ bei Deutschland. Von 4 staatlichen Kohlengruben werden 3 polnisch. Von der Gesamtkohlenförderung Oberschlesiens (31 750 000 Tonnen) verbleiben bei Deutschland rund 7 140 000 Tonnen. Deutschland bezog bisher aus Oberschlesien monatlich 1 100 000 Tonnen Steinkohlen, es bleiben ihm in Zukunft nur 370 000 Tonnen, so daß monatlich 730 000 Tonnen aus dem abgetretenen Gebiet oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen. Die oberschlesische Koksindustrie bleibt nur zur Hälfte deutsch. Von 4 oberschlesischen Brikettfabriken werden 3 polnisch. Sämtliche Eisenerzgruben fallen an Polen. Von insgesamt 37 Hochöfen bleiben nur 15 deutsch. Von der Jahresproduktion an Roheisen in Höhe von 576 000 Tonnen verlieren wir rund 400 000 Tonnen Roheisen. Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 9 polnisch. Von 26 Eisen- und Stahlgießereien bleiben 10 bei Deutschland. Von 16 Zink- und Bleierzgruben bleiben 4 deutsch. Damit verliert Deutschland 75 v. H. der gesamten Zinkerzförderung. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen an Polen über, ebenso die vorhandenen 2 Blei- und Silberhütten.

Arbeitsminister Braun zur oberschlesischen Frage.

Köln, 27. Oktober. (Tel.-Un.) Arbeitsminister Dr. Braun sprach hier am Montag in einer Versammlung und ging dabei auch näher auf unser Verhältnis zur Entente ein. Er führte u. a. folgendes aus: Durch die verschiedenen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen das politisch vereinsamte und unterlegene Deutschland und besonders durch das Diktat von Genf über Oberschlesien ist eine ganz neue Lage geschaffen. Die deutschen Zeitungen und auch das deutsche Volk seien sich darüber einig, daß hier wieder einmal Gewalt vor Recht gegangen ist, und wir werden nie aufhören gegen diesen Beschluß anzukämpfen, den das deutsche Volk als schwere Vergewaltigung empfindet. Wir bedauern das oberschlesische Volk, das sich gegen seinen Willen eine solche Handlung gefallen lassen muß. Die Grenzführung ist offensichtlich unter französischer Einwirkung zugunsten Polens durchgeführt worden. Die ganze Art der Grenzführung beweist ja klar und unwiderleglich, daß hierbei lediglich politische Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind. Das oberschlesische Volk aber wird eine solche Entscheidung nie und nimmer anerkennen.

Die Deutsche Volkspartei ablehnend.

Berlin, 27. Oktober. (Telunion.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß einstimmig die Ablehnung der Genfer Entscheidung und die Entsendung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluß mit Begründung dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen.

Der „Vorwärts" erörtert in einem Artikel „Ablehnen und dann?" die Entschließung der Deutschen Volkspartei, die die Entente-Entscheidung über Oberschlesien ablehnt. Das Blatt schreibt u. a.: Innerlich lehn'en wir alle die Entscheidung über Oberschlesien ab, und diesem Gefühl in Worten Ausdruck zu geben ist ungefährlich. Die Kernfrage ist aber, ob die politische Handlungsweise Deutschlands diesem Gefühl folgen darf. Und darauf gibt die Entschließung der Deutschen Volkspartei keine Antwort. Der „Vorwärts" erklärt, es wachse die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich an Stelle des Kabinetts Wirth eine rein bürgerliche Regierung zustande komme, in der dann naturgemäß der Rechten die Führung zufallen wird. Nichts wäre schlimmer, als wenn die Regierung Wirth zu einheitlichen Beschlüssen über die künftige Politik nicht kommen könnte und wenn dann eine Regierung käme, die erst recht nicht weiß, was sie will. Mit einer solchen Regierung müßte man aber nach dem Sturze Wirths rechnen. Dafür ist der Beschluß der Deutschen Volkspartei ein Symptom. Dieser Beschluß drückt ein Gefühl aus, aber er zeigt keinen Weg.

Die Großindustrie und Oberschlesien.

Berlin, 27. Oktober. Der „Vorwärts" berichtet: Gestern fand auch in Berlin eine Sitzung von Vertretern der deutschen Großindustrie statt, in der sich eine starke Erregung über die unzeitig hervorgerufene Regierungskrise und der Wunsch nach ihrer raschen Beendigung geltend machte. Es wurde hier mit großer Entschiedenheit im Gegensatz zu der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei die Ansicht vertreten, daß die Entsendung einer Verhandlungskommission zum Schutze der deutschen Interessen im abgetretenen Teil Oberschlesiens unbedingt erfolgen müsse.

Der Hansabund zum Genfer Diktat.

Berlin, 27. Oktober. (Tel.-U.) Der Hansabund betont erneut in einer Entschließung, daß er die Entscheidung des Völkerbundes nicht als rechtsverbindlich anerkennen könne und den Versuch einer Verständigung mit Polen über die gemeinsame wirtschaftliche Verwaltung Oberschlesiens für aussichtslos halte.

Die Reichstagsfraktion der S. P. D. zur Lage.

Berlin, 27. Oktober. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat zu der durch die Entscheidung über Oberschlesien geschaffenen Situation Stellung genommen. Sie ist der Ansicht, daß diese Entscheidung formell mit den Bestimmungen des aus imperialistischen Interessen geborenen Friedensvertrages nicht im Widerspruch stehen mag. Sie beklagt aber auch auf das lebhafteste eine Teilung, die eine große Anzahl deutscher oder überwiegend deutscher Gemeinden Polen zuweist und ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zerreißt. Dem Kabinett Wirth kann nach Ansicht der Fraktion die Schuld an der für Deutschland ungünstigen Lösung des oberschlesischen Problems nicht zugeschoben werden. Die Fraktion ist des weiteren der Auffassung, daß ein Wechsel in der auswärtigen Politik die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würden und sie protestiert vor allem aufs schärfste gegen die Versuche, unter Ausschaltung des Reichstages einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen, zu dem unter den gegebenen Verhältnissen keine Veranlassung vorliegt. Als Redner für das Plenum bestimmte die Fraktion die Genossen Breitscheid und Crispien.

Keine Parteien, nur Deutsche.

Kattowitz, 27. Oktober. Unter dem gewaltigen Druck der Genfer Entscheidung wird es wahrscheinlich in den Gebieten, die an Polen abzutreten sind, zu einer großen deutschen Einheitsfront sämtlicher deutschen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten kommen. Wie uns mitgeteilt wird, soll diese Partei den Namen Schlesische Volkspartei erhalten.

Protest aus Tarnowitz.

Tarnowitz, 27. Oktober. Die Innungsvorstände von Tarnowitz haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

Die heute versammelten Innungsvorstände als berufene Vertreter des Handwerks, protestieren auf das nachdrücklichste gegen die Zuteilung der urdeutschen freien Bergstadt Tarnowitz an Polen.

Gestern versammelten sich Tausende zu einer Protestkundgebung, die aber durch den Kreiskontrolleur untersagt wurde.

Die Einigkeitspartei für ein autonomes Oberschlesien.

Beuthen, 26. Oktober. (PAT.) Die sogenannte „Einigkeitspartei" in Oberschlesien, an deren Spitze ein gewisser Sproka steht, sandte an die Regierungen der Verbandsstaaten, an die Botschafterkonferenz und an die interalliierte Kommission in Oppeln Telegramme, in denen sie Oberschlesien als autonomen Freistaat erklärt. Es heißt darin: Über 2 Millionen der Bevölkerung Oberschlesiens, sowohl der polnischen wie der deutschen, haben mit tiefer Erschütterung erfahren, daß Oberschlesien geteilt werden soll. Wir erklären infolgedessen im Namen dieser Bevölkerung, daß wir ein solches Zerreißen unseres Landes nicht anerkennen und das Genfer Urteil entschieden ablehnen. Als Vertreter des oberschlesischen Volkes erklären wir feierlichst vor der ganzen Welt das unteilbare Oberschlesien zum autonomen Freistaat, dessen vorläufige Regierung wir in unsere Hände nehmen. Wir fordern, daß die interalliierte Kommission sich auf unsere Seite stellt und uns militärische Unterstützung zum Schutze der Grenzen unseres autonomen Staates zuteil werden läßt. Wir fordern, daß die Alliierten ein Einschreiten weder der deutschen noch der polnischen Truppen erlauben. Wir fordern die sofortige Ausweisung aller bisherigen Führer und Redakteure, die nicht in Oberschlesien geboren sind.

Nach Oberschlesien auch das Memelgebiet.

Berlin 27. Oktober. Wie der „Lokalanzeiger" hört, ist der Oberste Rat entschlossen, unmittelbar nach Erledigung der oberschlesischen Frage seine Entscheidung über das Memelgebiet zu treffen, und zwar soll, da Wilna Polen zugesprochen werden wird, Litauen als Entgelt für den Verlust dieses Gebietes Memel angegliedert werden. Man spricht auch davon, daß die Stadt Memel anstelle Kownos, Hauptstadt des Vereinigten Litauens werden wird.

Die Washingtoner Konferenz.

Paris, 27. Oktober. (PAT.) In der Kammersitzung stellte Tardieu in seiner Interpellation fest, daß Briand seine Anwesenheit in der Washingtoner Konferenz für so unumgänglich notwendig erachte, daß er dem Justizminister die Verantwortung für die Regierung überträgt. Dann forderte Tardieu von Briand Aufklärungen in der Angelegenheit des stillen Ozeans und sprach die Ansicht aus, daß die Verbindung Deutschlands mit dem russischen Bolschewismus und die Anarchie in China eine mögliche Gefahr in nächster Zeit darstellen. Die französische Regierung sollte mit den Verbündeten in Betracht ziehen, in welcher Weise Japan Frankreich in der Bekämpfung dieser Gefahr helfen könnte.

Amerikanische Kundgebungen für die Abrüstungskonferenz.

Washington, 27. Oktober. (Tel.-U.) Der pan-amerikanische Arbeiterbund, der unter Führung von Gompers steht, ruft die Gewerkschaften in Mittel- und Südamerika auf, um am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes Kundgebungen zur Unterstützung der Abrüstungskonferenz in Washington zu organisieren.

Einladung Deutschlands?

London, 27. Oktober. „Daily Expreß" berichtet, daß die englische Regierung die Frage der Einladung Deutschlands zur Abrüstungskonferenz prüfe, um gemeinsam die Garantien zu besprechen, die sich als notwendig erweisen, falls die Truppen der Alliierten aus dem Rheinland zurückgezogen werden.

Ein französisch-türkischer Vertrag.

Konstantinopel, 27. Oktober. (Tel.-U.) Aus Angora meldet Reuter: Zwischen den französischen Delegierten Franklin Bouillon und der nationalistischen Regierung ist folgende Übereinstimmung erreicht worden: Frankreich hat der Türkei Konzessionen gemacht; die Eisenbahnstrecke wird weiterhin der Türkei gehören, doch kommt die Organisation in französische Hände. Frankreich will alle Ansprüche der Türkei auf Thrazien und Smyrna unterstützen und andererseits von der Türkei als meist begünstigte Nation behandelt werden. Die französischen Schulden in der Türkei werden anerkannt.

Zusammenbruch des Karlistenputsches.

Der Karlistenputsch ist mit der Niederlage der Truppen Karls und mit seiner Gefangensetzung auf Schloß Toti als zusammengebrochen anzusehen. Der zweite Staatsstreich Karls, der von vornherein einen ganz anderen Anstrich hatte, als das erste Abenteuer, weil er sich diesmal auf eine nicht unbedeutende Truppenmacht stützen konnte, ist mißglückt, obwohl sowohl Italien als auch Frankreich im Stillen den Habsburger Sprößling begünstigten. Außerdem war der Boden in Budapest selbst für die Aktion Karls wohl vorbereitet.

Frankreich hat in der Tat Karl die Wege geebnet. Es soll sich verpflichtet haben, die Habsburger zu unterstützen unter folgenden Bedingungen:

1. Ungarn muß unbedingt eine deutschfeindliche Politik einhalten.
2. Ungarn muß der kleinen Entente beitreten.
3. Die ungarische Armee wird unter das Kommando französischer Instruktionsoffiziere gestellt.

Diese Bedingungen hat Karl unterschrieben und sich dann zunächst nach Oedenburg in Westungarn begeben, wo er die Vereidigung der Truppen vorgenommen hat, die sich ihm unter Eljenrufen anschlossen, nachdem schon vorher sämtliche ungarischen Freikorps, die in Westungarn eingefallen waren, den König als ihren Führer anerkannt hatten.

Nach der Vereidigung der Truppen, denen sich auch die Garnisonen Raab und Komorn anschlossen, so daß Karls Heerbann jetzt auf drei Divisionen geschätzt wurde, begann der Vormarsch auf Budapest, der zunächst ohne Stocken verlief, bis das Putschistenheer auf Regierungstruppen stieß und sich ein Kampf entspann, der mit der Niederlage der Truppen Karls endete. Diese Stellung nimmt Frankreich nur ein, weil es in dem Habsburger fein gefügiges Werkzeug sieht. Es geht mit äußerster Hartnäckigkeit dem Ziele entgegen, das ihm die Vorherrschaft auf die Dauer in Europa sichern soll. Dazu gehört der Donaubund, der unter französischem Einfluß steht und ein enges Bindeglied zwischen Frankreich und den Staaten der kleinen Entente bildet. Die Wiedererrichtung eines ungarischen Königtums unter einem gefügigen Habsburger wäre der erste Schritt auf diesem Wege. Die weiteren Etappen sieht Frankreich in der Wiederangliederung des verstümmelten Österreichs an Ungarn und in der Gewinnung Bayerns für den Anschluß an den Donaubund, der letzten Etappe in der Auflösung des Deutschen Reiches.

Die Karlistentruppen hatten nach ihrer Niederlage um einen Waffenstillstand ersucht, wofür die ungarischen Regierungsvertreter folgende Bedingungen stellten: 1. Bedingungslose Waffenniederlegung; 2. die Berater des Königs werden vor ein Kriegsgericht gestellt; 3. die Soldaten sollen entwaffnet werden; 4. der König soll endgültig abdanken; 5. der König wird in Ungarn solange interniert, bis die Frage seiner Abreise nicht geregelt ist; 6. der endgültige Ort des Verweilens für den König und die Einzelheiten seiner Abfahrt werden von den Großmächten festgesetzt; 7. auch die politischen Berater des Königs werden vor ein Kriegsgericht gestellt. Diese Bedingungen wurden Dr. Gratz vorgelegt, der sich verpflichtete, sie dem König zu übergeben. Eine Antwort ist nicht eingetroffen. Die militärische Aktion ging deshalb weiter und führte zu einem panikartigen Rückzug der königlichen Truppen, die viel Gefangene hinterließen. Der König und sein Gefolge sprangen in einen schnell bereitgestellten Zug und fuhren in der Richtung nach Komorno fort, bis es gelang, ihn festzunehmen. Die Regierung sieht die militärische Aktion für beendet an.

Die Zukunft Karls.

Wien, 27. Oktober. (PAT.) In der gestrigen Konferenz mit den Vertretern der Verbandsstaaten wurde beschlossen, Karl und seine Gemahlin im Kloster Tihana am See Blotna zu internieren. Da Karl sich ohne Vorbehalte ergab, so kann man die 7 Bedingungen der Kapitulation als von ihm angenommen ansehen. Die „Neue Freie Presse" berichtet aus diplomatischen Kreisen, daß der Plan bestehe, den ehemaligen Kaiser Karl auf einem englischen Monitor zu internieren. Als ständiger Aufenthaltsort soll ihm eine der dalmatischen Inseln oder der Ort Pianora in Italien angewiesen werden. Karl würde mit der ganzen Familie interniert werden. In Londoner diplomatischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß die Ansässigkeit Karls in Europa unpraktisch wäre. Deswegen zieht man die kanarischen Inseln und die Erlöserinseln als seinen künftigen Aufenthaltsort in Betracht. Es ist auch möglich, daß Karl in irgendeine englische Besitzung überführt wird, wo man entsprechende Anordnung treffen würde, um eventuelle Fluchtversuche unmöglich zu machen. Andererseits betont man, daß die Schweizer Regierung keinen offiziellen Protest aus Anlaß der Abreise Karls erklärt habe. Dagegen wurde eine Untersuchung nichtamtlichen Charakters eingeleitet.

Das „Journal" über Kaiser Karl.

Paris, 27. Oktober. (Tel.-Un.) Über den neuen Putsch des Exkaisers Karl schreibt das „Journal": Es ist für den Exkaiser zu befürchten, daß der Schluß diesmal nicht so leicht wird, als im Monat März. Bei einem Mann, der seine Unterschrift so leicht verleugnet, kann man sich nicht mit Zusicherungen und Verpflichtungen begnügen. Die Notwendigkeit, ihn irgendwo unterzubringen, wird schon unter die Frage der zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen fallen. Die Fliegertour des Karl von Habsburg könnte wohl in St. Helena ihr Ende finden.

Karls Anhänger.

Wien, 27. Oktober. (PAT.) Die „Neue Freie Presse" berichtet aus Ofenpest: Andrassy, Rakowsky und Gratz werden als Gefangene behandelt, die wegen Staatsumsturz angeklagt sind. Von den Offizieren Karls wurde nur Ostenburg gerade in dem Augenblick verhaftet, da er Selbstmord verüben wollte, was man jedoch verhinderte, ebenfalls verhaftet wurde der Kommissar für Westungarn Graf Sigray. Der Eisenbahnverkehr zwischen Österreich und Ungarn wurde wieder hergestellt.

Die Stellung der Schweiz.

Paris, 27. Oktober. (PAT.) Der Schweizer Bundesrat verurteilte einstimmig die Art des Vorgehens des ehemaligen Kaisers, der den guten Glauben der Schweizer mißbraucht habe. Von einer Rückkehr seinerseits auf Schweizer Gebiet kann keine Rede sein.

Der Bundesrat beschloß, alle Mitglieder der Familie des Kaisers Karl aus den Schweizer Grenzen auszuweisen mit Ausnahme jener, die bei der Pflege der Kinder des ehemaligen Kaisers, die in der Schweiz geblieben sind, notwendig sind. Eine Liste der auszuweisenden Personen ist am Mittwoch veröffentlicht worden.

Die Note der Alliierten.

Budapest, 27. Oktober. (Tel.-Un.) Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf den Schritt am 3. April 1921 der Beschluß des Botschafterrates in Erinnerung gebracht wird, dem zufolge die Restauration eines Habsburgers den

Frieden gefährde. Die ungarische Regierung wird daher aufgefordert, Maßnahmen zur Entfernung des Königs zu unternehmen. Der Minister des Äußern Graf Banffy teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem am Vormittag abgehaltenen Ministerrat beschlossen habe, daß König Karl das Land unverzüglich verlassen müsse. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zweck alle Maßnahmen getroffen. Den später vorsprechenden Vertretern Rumäniens, Südslawiens und der Tschechoslowakei gegenüber wiederholte Graf Banffy diese Erklärungen.

Der Beirat für Wiederaufbau zum Wiesbadener Abkommen.

Berlin, 27. Oktober. (Tel.-U.) Der Beirat für Wiederaufbau beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung im Wiederaufbauministerium mit der Frage des Wiesbadener Abkommens. An der Besprechung nahmen teil u. a. Minister a. D. Wissel, Staatssekretär Müller und Ministerialrat Kunze. Reichstagsabg. Geheimrat Quaatz übte an dem Abkommen scharfe Kritik, das, wie er ausführte, Deutschland kein Lieferungsrecht, sondern eine Lieferungspflicht auferlege und keine nennenswerte Entlastung bei der Aufbringung der Reparationsleistungen verschaffe. Das Abkommen sei eine neue Belastung der deutschen Wirtschaft und sei verfehlt. Demgegenüber betonte Minister a. D. Wissel, daß die Frage beachtet werden müsse, auf welche Weise die Leistenden deutscherseits entschädigt werden würden, ohne daß eine neue Inflation eintritt, während Staatssekretär Müller die Überzeugung aussprach, daß vom Beirat das Abkommen, das er in längeren Ausführungen rechtfertigte, gutgeheißen würde.

In Deutschland Kohlenmangel — in Frankreich Zwangsfeierschichten.

Köln, 25. Oktober. Auf den nordfranzösischen Zechen lagern zurzeit nicht weniger als 700 000 Tonnen Kohlen, für die ein Absatz nicht gefunden werden kann, weil die deutschen Reparationslieferungen zu umfangreich sind. In einer Mitte September in Douai abgehaltenen Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kam zum Ausdruck, daß der nordfranzösische Bergbau Feierschichten einlegen müsse, wenn weiterhin der Zustrom der deutschen Kohlenlieferungen anhalte.

Keine Aufhebung der militärischen Sanktionen vor 1922.

Genf, 26. Oktober. „Echo de Paris" meldet, daß **Briand** in Gesprächen mit dem deutschen Botschafter **Dr. Mayer** als frühesten Termin für die Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein den 1. Januar bezeichnet habe, wenn bis dahin die deutschen Verpflichtungen, auch hinsichtlich Oberschlesiens, loyal und restlos durchgeführt seien. Da dies, wie Briand weiß, nicht möglich ist, kann Deutschland damit rechnen, daß diese militärische Faust dauernd auf seinem Nacken liegen bleibt, schon deshalb, weil sie geeignet ist, die französischen Annexionsbestrebungen im Rheinlande zu unterstützen.

Abberufung der amerikanischen Truppen.

London, 26. Oktober. (Tel.-Un.) Dem „Exchange Telegraph" wird aus Washington gemeldet, daß Präsident Harding den Befehl gegeben hat, die amerikanischen Truppen am Rhein abzuberufen. Der Abtransport wird in etwa zwei Wochen beginnen.

Um die Verringerung der Rheinlandbesatzung.

Paris, 25. Oktober. (Tel.-Un.) Die Interalliierte Kommission von militärischen und Finanzsachverständigen wird spätestens bis zum 11. November einen Bericht mit Vorschlägen über die Herabsetzung der militärischen Besatzung Deutschlands bringen. Gestern nachmittag hat im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung stattgefunden. Angesichts der Wichtigkeit der zu lösenden Fragen werden die Beratungen wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus Portugal.

Berlin, 27. Oktober. (Tel.-U.) Die hiesige portugiesische Gesandtschaft erhielt vom Ministerium des Äußern in Lissabon die telegraphische Nachricht, daß zurzeit im ganzen Lande die Ordnung wieder hergestellt sei. Die Hauptstadt werde von der republikanischen Garde bewacht. Die Heranziehung anderer Truppenteile sei nicht notwendig gewesen. Die bedauerlichen Morde seien durch den Mob verübt worden. Zur Ergreifung der Schuldigen seien Maßnahmen getroffen.

Aus **Lissabon** wird gemeldet: Die Stadt bietet einen ruhigen Anblick. Auf den Straßen schreiten Patrouillen mit Maschinengewehren. Es wird berichtet, daß es am Montag abend zu Unruhen gekommen sei. Die Kavallerie griff die Menge an, die ihren Befehl zum Rückzug nicht schnell genug befolgte. Fünfzehn Personen sind ziemlich schwer verwundet worden.

Sejm.

Sitzung vom 26. Oktober 1921.

Warschau, 27. Oktober. (PAT.)

Die Mittwochsitzung des Sejm, die um 4 Uhr 30 nachm. begann, trug den Charakter einer Festsitzung aus Anlaß der Entscheidung über Oberschlesien. Nach einer Ansprache des Ministerpräsidenten wurde die folgende **Entschließung** angenommen:

„Der Beschluß der verbündeten Mächte, die die Frage der staatlichen Zugehörigkeit Oberschlesiens zu lösen hatten, hat die gerechten und berechtigten Ansprüche des polnischen Volkes und der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens nur zum Teil befriedigt. Die Bedingungen, unter denen die Abstimmung stattfand, und die in vielen Punkten dem Geiste des Vertrages von Versailles zuwiderlaufende Auslegung dieses Vertrages haben zur Folge gehabt, daß ein großer Teil Oberschlesiens mit einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerungsmehrheit seines natürlichen Anspruchs auf Verbindung mit dem Mutterlande beraubt wurde. Mehr als 700 000 Polen in Oberschlesien blieben außerhalb der Grenze der Republik Polen. Für diese Oberschlesier bedeutet die Entscheidung eine Legalisierung der Jahrhunderte alten Ungerechtigkeit. Das polnische Volk kann die oberschlesischen Brüder nicht vergessen, die, von Polen losgerissen, trotz ihrer mehrere Jahrhunderte dauernden Knechtschaft ihren polnischen Geist nicht verloren und gerade in der letzten Zeit einen lebendigen Beweis ihrer opferbereiten Vaterlandsliebe gaben. Indem der Sejm dieses feststellt und zugleich darauf hinweist, daß die Entscheidung der verbündeten Mächte für Polen in mehrfacher Beziehung eine schwere Belastung bedeutet, nimmt er, der Sejm, im Bewußtsein der Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in Europa, die Erklärung der Regierung über die Annahme der Entscheidung der verbündeten Mächte zur Kenntnis.

Der Sejm fordert die Regierung auf: 1. alle Mittel anzuwenden zum Zwecke der erfolgreichen und dauernden Sicherung der völkischen Rechte der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, die außerhalb der Grenzen der Republik bleibt, 2. die wirtschaftliche und rechtliche Verbindung des Polen zuerkannten Teiles Oberschlesiens zu sichern, 3. das oberschlesische Land zum Gegenstand besonderer Obhut zu machen und den Opfern des Kampfes um das polnische Oberschlesien die erforderliche Unterstützung zuteil werden zu lassen."

Nachdem diese Entschließung angenommen worden war, ergriff der Marschall das Wort zu einer Rede, die inhaltlich an die Bevölkerung Oberschlesiens gerichtet war. Die Rede wurde mehrfach von lautem Beifall und zustimmenden Zurufen unterbrochen. Als der Marschall von den Opfern des Kampfes um Oberschlesien sprach, erhoben sich unter den Rufen: „Ehre den Aufständischen!" die Abgeordneten von ihren Plätzen. Während der Rede des Marschalls kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Teschener Sozialisten Tadeusz Reger und dem Abg. Grabski, den Reger für das Schicksal der polnischen Bevölkerung des Teschener Gebiets verantwortlich machte.

Sowjetrußland.

Neue Unruhen.

Wie „Berlingske Tidende" aus Helsingfors berichtet, sind in den Gouvernements Orel, Charkow und Kuban ernste Unruhen ausgebrochen. Die Sowjetbeamten wurden gezwungen, die Getreiderequisition einzustellen. Sibirien weigert sich, Flüchtlinge aus den notleidenden Gebieten aufzunehmen. In Tscheljabinsk befinden sich zurzeit 50 000 hungernde Kinder, die furchtbar leiden.

Karl Radek über Polen.

Moskau, 27. Oktober. In Nr. 236 der „Prawda" beschreibt Radek ausführlich die Lage in Polen. „Michalski trat im Sejm — schreibt Radek — als Retter auf. Seine Retteranordnungen werden jedoch gar keinen Einfluß auf die Valuta haben. Die letzten Versuche der zweiten Abteilung des polnischen Generalstabes, die Sowjetgesandtschaft in Warschau zu provozieren, lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß Pilsudski im Frühjahr einen Krieg beginnen will.

Beamtenreduzierung in Rußland.

Helsingfors, 27. Oktober. Am 22. Oktober wurde die Prozedur einer Untersuchung der staatlichen Institutionen zwecks Reduzierung ihrer Beamten beendet. Im Petersburger Stadtrat wurde die Zahl der Beamten um 26 v. H., in der Gouvernementsstatistik um die Hälfte und in der Arbeitsabteilung um 56 v. H. reduziert.

Die Spende des Papstes.

Bern 26. Oktober. (PAT.) Der päpstliche Nuntius übergab Nansen 50 000 Lire als päpstliche Spende für die Hungernden in Rußland.

Politische Tagesneuigkeiten.

Silberhochzeit des italienischen Königspaares. Das italienische Königspaar beging am Dienstag seine silberne Hochzeit. Aus diesem Anlaß wurde für politische, Militär- und Zivilgefangene Amnestie erteilt.

Die Lage in der Mongolei.

Der Berichterstatter der „Times" in Peking schildert die gegenwärtige Lage in der Mongolei folgendermaßen: Die Hauptstadt der Mongolei, Urgo, ist jetzt von den roten Truppen besetzt, welche vor etwa zwei Monaten die Truppen des Barons Ungern-Sternberg bei Kjachta geschlagen haben. Die Reste der Ungernschen Truppen zerstreuten sich darauf in der Mongolei, und sein japanisches Hilfskorps floh nach Osten. Nach dem Einmarsch in Urgo wurde in Urgo eine revolutionäre Regierung eingerichtet, deren Vorsitzender ein früherer Lama, der Lehrer in einer russischen Schule war, wurde. Zum Kriegsminister wurde ein früherer Fleischer gemacht. An den Spitzen der früheren Verwaltungszweige stehen Burjäten, die aus Irkutsk von den Bolschewisten geschickt worden sind und dort nach bolschewistischer Art herrschen. Den mongolischen Fürsten werden ihre Herden und Pferde weggenommen. Der Hutuchto gilt jetzt nur als geistiges, nicht aber als politisches Oberhaupt der Mongolei. Die Chinesen, die jetzt in Urgo geblieben sind, werden nicht verfolgt, bei den Kämpfen aber zwischen Ungern und den Roten kamen etwa 8000 Chinesen um. Als Ungern im vorigen Februar Urgo besetzte, ließ er 320 Personen als Bolschewisten hinrichten. Jetzt wird die Mongolei von der revolutionären Regierung nach Vorschriften der Bolschewisten in Sowjetrußland verwaltet, so daß der Eindruck entsteht, als wäre sie eine Provinz Sowjetrußlands.

Republik Polen.

† **Neue amerikanische Spende an Polen.** Die amerikanische Rettungsabteilung sendete einen neuen Transport von Winteranzügen für die Kinder, die in diesen Tagen verteilt werden sollen. Die Spende besteht aus folgenden Sachen: 250 000 Paletots, 350 000 Mützen und 350 000 Paar Stiefel. Das meiste von diesen Gaben werden die Kinder der aus Rußland heimkehrenden Flüchtlinge und dann Warschau und Lodz erhalten. Für die Kinder der rückkehrenden Flüchtlinge werden Zentralmagazine in Baranowicze und Lublin errichtet werden.

Deutsches Reich.

** **Zur Regierungsumbildung in Preußen.** Wie wir von maßgebender Seite hören, wartet der Ministerpräsident Stegerwald die Neubildung des Reichskabinetts ab, ehe er seinerseits Schritte unternimmt. Ob es sich um eine Demission der gesamten preußischen Regierung und völlige Neubildung des Kabinetts oder um dessen Ergänzung handeln wird, läßt sich zurzeit noch nicht voraussehen.

** **Gegen den Kartoffelwucher.** Zu einer Demonstration gegen den Kartoffelwucher hatten die Freien Gewerkschaften, S. P. D. und U. S. P. D. aufgerufen. Etwa 8000 Menschen haben sich auf dem Lutherplatz in Münster eingefunden. Eine einstimmig angenommene Entschließung der Versammelten forderte die Lieferung von Kartoffeln zum Preise von 40 M. für den Zentner und strenge Bestrafung eines jeden, der mehr fordert.

** **Die Eröffnung der Stuttgarter Auswanderungshalle.** Die vom Deutschen Auslandsinstitut veranstaltete Auswanderungsausstellung, die in neun Abteilungen die Entwickelung und den Stand der Auswanderung aus Deutschland, die Fürsorgeberatung und das Schicksal der Auswanderer vor Augen führt, wurde gestern im Handelshof im Beisein des württembergischen Staatspräsidenten Hieber, der Minister, des Oberbürgermeisters Lautenschläger, einer Reihe Parlamentarier, Gelehrter und Künstler durch den ersten Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Deutschen Auslandsinstitute, Staatssekretär von Hintze, eröffnet. Staatspräsident Hieber brachte die Wünsche der württembergischen Staatsregierung zum Ausdruck und teilte mit, daß der Reichspräsident ihn ersucht habe, sein aufrichtiges Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß ihm die dringenden politischen Geschäfte dieser Tage es ihm nicht möglich gemacht haben, seiner Absicht, bei Eröffnung der Ausstellung persönlich anwesend zu sein, auszuführen.

Freistaat Danzig.

*† **Forderungen Danziger Gläubiger gegen polnische Schuldner.** Wie der Senator für Handel und Gewerbe der Handelskammer zu Danzig mitgeteilt hat, soll im Anschluß an die Unterschrift der Danzig-polnischen Verträge in Warschau über die für Danzig außerordentlich wichtige Frage der Forderungen Danziger Gläubiger an polnische Schuldner verhandelt werden. Die Handelskammer hat bereits früher, ebenso wie jetzt, den Standpunkt vertreten, daß die Erledigung dieser Frage im Lebensinteresse Danzigs unbedingt notwendig ist und hat dementsprechend dem Senat das betreffende Material überreicht.

*† **Der Sturm am Sonntag richtete großen Schaden im Hafen an.** Drei Schiffe wurden zerstört. Der Kapitän eines Schiffes kam um. Die telephonische und telegraphische Verbindung mit Deutschland hat sehr gelitten.

*† **Neue Zeitung in deutscher Sprache.** In Danzig erscheint eine neue Zeitung in deutscher Sprache unter dem Titel „Die Zeit am Montag". Herausgeber ist E. Jarnatowski, Redakteur Boleslaw Bourdon.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(39. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Wie gut! Sonst müßte sie unterdes immer so lange mit Knut allein sein, wenn Du hier bist, das ist nicht gut."

„Aber wieso denn? Was würde das schaden?"

Über Giselas blasses Gesicht flog es wie leiser Spott.

„Sie würde ihn am Ende zu gern haben, Lies. Das kommt leicht so. Das kann man niemand verargen. Wir sind nicht Herren über unser eigen Herz."

Lies schüttelte still den Kopf und sagte kein Wort. Heißer Zorn stieg in ihrer Seele auf. Aber sie mochte Gisela jetzt nicht schelten.

„Sie weiß selbst nicht, was sie spricht, und wird jetzt noch unzurechnungsfähiger sein als sonst, dachte sie traurig.

Laut aber sagte sie:

„Ich muß nun aber wieder gehen, Gisela. Ich habe zu Hause alles so stehen und liegen gelassen bei Deinem Brief. Leb innig, innig wohl und habe nicht so schwarze Gedanken, hörst Du? Ach, ich freue mich ja zu sehr für Dich! Paß auf, Du wirst noch die glücklichste Mutter auf Gottes Erdboden. Addio, Schatz!"

Damit küßt sie die andere und war schnell aus der Tür.

Regungslos blieb Gisela auf dem Sofa sitzen. Fest gruben sich ihre Zähne in die Unterlippe. Dann ging ein Schüttern durch ihren Körper, und sie schlug die Hände vors Gesicht. Gisela Rainer weinte.

Aber es waren keine weichen, lindernden Tränen. Sie weinte vor Zorn und ohnmächtiger Wut.

So fand sie Ernst eine Stunde später, als er müde aus der Klinik nach Hause kam.

17. Kapitel.

Kaum war Lies daheim, so bestellte sie schnell und singend ihre Wirtschaft und eilte dann in den nächsten Blumenladen, Rosen für Gisela zu holen. Sie wußte, das würde sie freuen. Ellen war mit ihr gegangen, um die Schwester den letzten Tagen noch recht zu genießen. Sie waren kaum wieder nach Hause, im Eßzimmer die Rosen in einer Vase ordnend, als Knut hereinkam, schneller und hastiger, als es sonst seine Art war.

Lies hielt ihm lachend die schönste Rose entgegen.

„Da, Schatz, riech einmal! Aber was hast Du? Etwa eine Neuigkeit? Du siehst so sonderbar aus."

Er setzte sich schwer auf den nächsten Stuhl.

„Römer ist heute früh bei einer Übung mit dem Pferde gestürzt. Ich war eben bei ihm. Er sieht schlecht aus. Jetzt ist Ernst da."

Er hatte es langsam, ruckweise gesagt. Man merkte ihm seine große Bewegung an.

Entsetzt starrten die Frauen ihn an — so, — als verstünden sie nicht recht! Römer? Der lustige Römer? Der noch gestern in diesem selben Zimmer mit ihnen gesessen und gelacht? Römer, dessen Cello noch nebenan am Flügel lehnte und auf die Hand wartete, die den Bogen führen sollte über seine Saiten, — weich — wundertönig?

Hundert Dinge fragte Lies, — hastig, — aufgeregt, — mit Tränen in den Augen. Sie hatten Römer ja alle so gern gehabt.

Darüber achtete niemand auf Ellen. Die stand mit zitternden Knieen, sich an die Tischplatte klammernd. Vor ihren Augen brauste es wie von fernen, gewaltigen Wassern, die ihre Seele zu ersticken drohten.

Als sie alles gehört, — alles, — wie schlecht es stand, — wie wenig Hoffnung Ernst hatte, — schlich sie leise aus der Stube, — leise in ihr Zimmer, — leise, — leise, — schloß sie hinter sich die Tür.

Mitten im Zimmer stand sie dann, — hoch und still. Alles Blut war aus ihrem Gesicht gewichen, — in wahnsinnigen Schlägen hämmerte ihr Herz. In ihrer Seele war nur ein einziger Gedanke! Ich muß zu ihm! Seit gestern abend weiß ich, daß er mich liebt, — ich muß zu ihm! Und wenn ihr alle schreit: das schickt sich nicht! — Ich muß zu ihm! Plötzlich schrie sie auf — gellend, markerschütternd, und fiel in die Knie.

„Nein, — das kann nicht sein, — kann ja unmöglich sein, mein Gott, — unmöglich! Römer sterben? Römer! Vater im Himmel, nein — nein — nein!"

Da klingelte es an der Vortür, — schrill — hastig.

Gleich darauf klopfte es bei Ellen.

Sie ging an die Tür, ohne zu öffnen.

„Was ist?"

„Es ist eben ein Brief abgegeben worden fürs gnädige Fräulein," — es war die Stimme der Köchin.

Ellen schloß die Tür auf und nahm den Brief. Dann schloß sie sich wieder ein.

Ein Kuvert ohne Aufschrift, — sie riß es auf.

Da las sie die mit Bleistift mühsam gekritzelten Worte: „Habe nicht mehr viel Zeit, — möchte Sie noch einmal sehen. Römer."

Ratlos stand sie im Zimmer, den Brief in der Hand. Ein paarmal strich sie sich über die Stirn, — mechanisch, — abwesend.

Dann nahm sie Hut und Jacke und legte sie in Hast an. Als sie den Türgriff schon in der Hand hielt, blieb sie plötzlich stehen, wie in jähem Zögern.

Was wollte sie tun? Zu wem wollte sie gehen? Sie — ganz alleine, ein junges Mädchen? In seine Wohnung? An sein Bett? Was würden die andern alle sagen?

Die Finger, die den letzten Jackenknopf schlossen, hielten zögernd inne.

Das ging ja gar nicht, — das war ja unmöglich! Das schlug ja aller Sitte ins Gesicht!

Langsam, — knöpfte sie sich die Jacke wieder auf. Tastend griff sie nach dem nächsten Stuhl und setzte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der polnischen Presse.

Die Kreditkrisis in Polen. „Dziennik Pozn." Nr. 224 (21. Oktober 1921): „Der „Kurjer Polski" beschäftigt sich mit der Polnischen Landesdarlehnskasse und schreibt: Die grundlegenden Zahlen unseres Emissionsinstituts waren am 30. September folgende (in Millionen Mark angegeben): Metallvorrat 61.8, Wechselportefeuille 6237,3 andere Privatdarlehen 9876.6 Schuld des Staatsschatzes 17.000,0 Banknotenumlauf 152792.0, Girorechnung und sofort fällige Verpflichtungen 40994.4.

Im Laufe der verflossenen Dekade (vom 20.—30. September) und des verflossenen Monats September sind folgende wichtigere Änderungen des Bankausweises zu vermerken):

(in Millionen Mark)	am 20. September	am 31. August
Wechselportefeuille . . .	plus 815.7	plus 2.851.9
andere Privatdarlehen . .	plus 1.047.0	plus 2.101.8
Staatsschuld	plus 11.000.0	plus 20.000.0
Bankumlauf	plus 6.697.0	plus 19.057.8
Girorechnung	min. 4.867.2	plus 5.445.8

Aus diesen Zahlen erhellt in greller Weise, wie angespannt die Tätigkeit unserer Emissionsbank hauptsächlich in der Richtung der Finanzkreditoperation ist. Der Zuwachs der Staatsschuld um 20 Milliarden im Verlauf eines Monats stellt eine Rekordziffer unter den bisher erreichten dar. Im August wuchs die Staatsschuld in der P. Landesdarlehenskasse um nicht ganz 17.5 Milliarden, im Juli um 10 Milliarden an. Die Schuld des Staatsschatzes in dem Emissionsinstitut überschreitet auf diese Weise heute schon sehr bedeutend die Höchstgrenze von 150 Milliarden, die das Sejmgesetz vom 8. Juli als nichtüberschreitbar festgesetzt hatte. Es ist auch bekannt, daß der neue Finanzminister Michalski seine Tätigkeit mit der Vorlegung eines neuen Sejmgesetzes über die Erhöhung der Grenze der Staatsschuld auf 220 Milliarden Mark beginnen mußte. Es ist deshalb schwer zu verstehen, weshalb die Polnische Landesdarlehnskasse in ihren Ausweisen von der Staatsschuld, die unter den Aktiven aufgeführt wird — zum Zwecke der Feststellung der „eigenen „Verschuldung" des Staatsschatzes — die Summen abzieht, die die Staatsbehörden in Rechnung in der Kasse haben. Diese fiktive Berechnung, die jedoch von dem früheren Minister Steczkowski ausgeht, hat augenscheinlich den Zweck, zu zeigen, daß die Staatsschuld niedriger ist als die in der Bilanz angegebene. Sie hält jedoch der Kritik nicht stand, daß die Beträge, die in der Kasse zur Verfügung der einzelnen Ämter gestellt werden, durch diese in jedem Augenblick erhöht werden können, worauf der Staatsschatz keinen Einfluß hat.

Die Kredittätigkeit der Kasse für Privatzwecke drückt sich für August in der Ziffer von 4.4 Milliarden Mark aus. Da in diesem selben Monate die Summen auf dem Girokonto sich nur um 5,4 Milliarden erhöht haben, so mußte die Kasse zum Zwecke der Befriedigung des Kreditbedürfnisses des Staatsschatzes und der Privaten neue Billetts bis zur Summe von 19 Milliarden ausgeben. Zu bemerken ist noch, daß, wenn die allgemeine Position der Girokonten sich im Laufe des September erhöht hat, das nur dank dem Zuwachs an Regierungseinlagen von 15.7 Milliarden am 31. August auf 22.7 Milliarden am 30. September geschehen ist.

Die privaten Einlagen fielen in derselben Zeit von 17,5 auf 16.3 Milliarden d. h. um 1,2 Milliarden, was zweifellos eins von den Zeichen der Kreditkrisis ist, die durch das Land geht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 27. Oktober.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski gegen 7 Uhr mit einem Hinweis auf die Genfer Entscheidung in der oberschlesischen Frage. Er erinnerte daran, daß Polen dank dem unerschütterlichen Standpunkt Frankreichs, wenn auch nicht alles, was Polen nach dem Versailler Vertrage gehöre, so doch die sogenannte Korfantylinie zuerkannt worden ist. „Es muß festgestellt werden, so führt er aus, daß die Blutopfer unserer Brüder nicht ohne Einfluß auf den endgültigen Ausgang der Entscheidung waren. Wir müssen uns mit dem Genfer Schiedsspruch einverstanden erklären und können nur unseren Brüdern jenseits der Grenze unsere Sympathie aussprechen. Ungeheure materielle Reichtümer werden uns zuteil, die wir dem uns treuen Volke Oberschlesiens verdanken. Dem tapferen Volke Heil!

Darauf ergriff Vizepräsident Dr. Kiedacz das Wort zum Ausstande in den städtischen Betrieben und führte u. a. aus:

Seit Sonnabend ist der Betrieb in den städtischen Anlagen stillgelegt, meine Pflicht ist es daher, der Versammlung über den Ausbruch und den Verlauf des Streiks zu berichten. Die streikenden Arbeiter forderten eine Lohnerhöhung von 88,7 v. H., rückwirkend vom 1. d. Mts. ab. Wir stellten den Arbeitern die ungünstige Finanzlage unserer Stadt dar und erklärten, daß wir eine solche Lohnerhöhung nicht zu zahlen vermögen, sondern eine solche von 25 v. H. vorschlagen. Unser Tarif zahlte bereits für die Stunde 6 M. mehr als die Privatindustrie. Wir dürfen mit diesen Löhnen nicht übermäßig hochsteigen, da sonst Streitigkeiten unter den Arbeitern der städtischen und der Privatbetriebe entstehen würden. Am Sonnabend um 11½ Uhr vormittags kamen Arbeitervertreter zum Magistrat, um mit uns zu verhandeln. Der Magistrat war gezwungen, alle Mittel anzuwenden, um den Betrieb aufrecht zu erhalten, wir setzten uns daher mit den Militärbehörden in Verbindung, die uns sofort Leute zur Verfügung stellten. Daß die Arbeiter ein Recht auf Streik haben, kann nicht bestritten werden, kein Recht aber haben sie, einen Ausstand zu beginnen, der die Interessen der Allgemeinheit schädigt. So brach zum Beispiel in St. Lazarus am Sonnabend ein Feuer aus, das dank der „Nothilfe" bald gelöscht werden konnte. Im Stadtkrankenhause war es den Ärzten, die Operationen ausführten, gerade noch möglich, sich die Hände zu waschen. Dr. Kiedacz dankte den Betriebsdirektoren für die Umsicht in der Bewältigung der Ausstandsschwierigkeiten. Das Elektrizitätswerk konnte in zwei Stunden, das Wasserwerk schon in 3—4 Stunden wieder in Betrieb gesetzt werden. Wir bemühten uns, die bisher leider ergebnislosen Verhandlungen in entgegenkommender Weise zu führen und gaben bekannt, daß sich die Arbeitswilligen bis heute, Mittwoch, 12 Uhr melden sollten. Wer sich nicht gemeldet hat, wird als vertragsbrüchig erklärt; es sind Leute darunter, die 25—30 Jahre in den städtischen Betrieben tätig sind, und es fällt uns schwer, diese Leute zu entlassen.

Stadtrat Nowicki führt aus, daß der Stundenlohn der städtischen Arbeiter 176,25 M. beträgt, d. h. ungefähr 7 M. mehr, als der in Handel und Industrie.

Stadtv. Budzyński: Es scheint, daß ich jetzt meine Totenrede halten werde. Wenn der Stadtrat Nowicki als Stundenlohn den Betrag von 176,25 M. genannt hat, so ist mir das unbegreiflich. Diese Demagogie kann sich nur ein polnischer Arbeiter erlauben, wir standen immer allen Zulagen freundlich gegenüber. Aber diese neuen Forderungen sind denn doch zu stark. Wir sind schon soweit gekommen, daß man schon unter den intelligenten Beamten sagt: „Was geht uns das Vaterland an, das Vaterland geht durch den Magen." Weiter als bis 25 v. H. können wir nicht gehen, die Beamten haben doch denselben Magen, wie die Arbeiter. Wenn nicht der Verstand, sondern die Dummheit siegt, dann weiß man wirklich nicht mehr, was man sagen soll. Das ist Bolschewismus und Terror schlimmster Art. Dieser Streik ist geradezu ein Verbrechen.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Mieczkowski rügt die Schärfe im Tone des Redners.

Stadtv. Grzegorzewicz bemerkt, daß es Pflicht der Regierung war, der Teuerung vorzubeugen.

Stadtv. Sieradzki: Der Standpunkt des Magistrats ist jetzt ein anderer, als zu den Zeiten des verstorbenen Präsidenten. Damals verstand es Drwęski in ähnlichen Schwierigkeiten, den Ausstand zu vermeiden, nur der kategorische Standpunkt des

Unsere Post-Abonnenten

wollen die Bestellungen auf das „Posener Tageblatt" (Posener Warte) für Monat November sofort beim zuständigen Postamt bewirken, damit beim Monatswechsel keine Unterbrechung in der Weiterlieferung eintritt.

Die Geschäftsstelle.

Magistrats ist schuld an diesem ernsten Zerwürfnis. Der Magistrat rühmt sich, die Betriebe mit Hilfe des Militärs aufrechtzuerhalten. Das hilft, wie der Mostrich nach dem Essen. Die Arbeitgeber schrauben die Preise in die Höhe und erklären dem Arbeiter, der mit den notwendigsten Forderungen kommt, daß dieses Vorgehen Verrat am Vaterlande sei.

Nach weiteren Ausführungen des Stadtrats Nowicki, des Stadtv. Folleher und anderer Redner sagte Stadtverordneter Budzyński folgendes: „Wenn Sie gelobt werden wollen, so müssen Sie sterben." Er wirft dem Stadtv. Sieradzki vor, daß man diesen Streik mit Absicht vom Zaune gebrochen habe. Die Arbeiter wollten, so sagte er, ihre Kraft und Macht zeigen. Ihr sympathisiert mit der Privatindustrie und habt nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Beamten zum Streik verleitet.

Stadtv. Sieradzki: „Die Arbeitgeber haben sich damals verraten, als sie sagten: Wenn der Arbeiter 140 M. die Stunde bekommt und wir 280 M. verlangen, was sollen wir dann bei den neuen Lohnerhöhungen verlangen?"

Stadtv. Dr. Stark: Der Arbeiter verdient im Gegensatz zu uns zu wenig. Nach dem Stande der Goldvaluta verdient der Arbeiter jetzt 7 M. die Woche, während er früher 15—18 M. verdiente. Es muß ein Ausgleich zwischen geistiger und körperlicher Arbeit stattfinden. Er rügt ebenfalls die Entlassung der im Dienst ergrauten Arbeiter.

Stadtv. Siemianowski steht auf demselben Standpunkt wie die Stadtvv. Dr. Stark und Sieradzki. Die Entlassung der Arbeiter werde die Lage verschärfen.

Stadtv. Leitgeber: Was heut für ein Verdienst notwendig ist, um auszukommen, ist schwer zu sagen. Heute kann man keine Norm, wie vor dem Kriege, festsetzen. Er stellt fest, daß verschiedene Arbeiterkategorien mehr verdienen, als die Beamten. Weiter erinnert er daran, daß der Arbeiter heute im allgemeinen den Verhältnissen nach zu gut lebe.

Stadtv. Kalamajski spricht von dem Bargeldmangel in der Privatindustrie, der es unmöglich mache, diese hohen Löhne zu zahlen. Zugleich erkennt er an, daß Arbeiter und Beamte nicht genügend entlohnt werden. In Lemberg besteht derselbe Streik, ohne daß die städtischen Betriebe stilliegen.

Stadtv. Suchowiak: „Wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, so müssen die Fabriken geschlossen werden."

Darauf spricht noch einmal Vizepräsident Dr. Kiedacz, der daran erinnert, daß die Schuld auf seiten des Arbeiters liege, der auch die Folgen tragen müsse. Der Magistrat habe den Arbeitern keine Absage erteilt, sondern war entschlossen, weiter zu gehen, als die Arbeiter dachten. Die Schuld liegt an den Arbeiterführern.

Nach einigen Interpellationen wurde darauf mit der Tagesordnung begonnen und zunächst Wahlen und persönliche Angelegenheiten glatt erledigt.

Verdoppelung der Straßenbahnfahrpreise.

Eine längere Aussprache zeitigte der Antrag auf Erhöhung des Straßenbahntarifs, die von der Straßenbahndirektion beantragt worden war. Ihr Antrag lautete, nachdem bei der vorigen Erhöhung der Fahrpreis nur auf 15 statt auf 20 M. erhöht worden war, auf eine Verdoppelung des jetzigen Fahrpreises, d. h. auf 30 M. für die einfache Fahrt und auf 1350 M. für das niedrigste Monatsabonnement mit entsprechender Wirkung für die übrigen Abonnements.

Der Berichterstatter Stadtv. Suchowiak empfahl namens des Finanzausschusses die Annahme dieses bzw. des Magistratsantrages.

Mehrere Stadtverordnete rügten diese so plötzliche Erhöhung um das Doppelte, die mit den dringenden Reparaturen und Erneuerungen des Materials begründet wurde.

Stadtv. Suchowiak: Die Straßenbahn stehe vor dem vollkommenen Ruin, alle Drähte sind beschädigt und brennen durch, auch müssen 1600 Meter Schienen erneuert werden. Die Bahn biete ein Bild des Elends und der Verzweiflung.

Stadtv. Kucharski: Ein Fehler ist gemacht worden, nämlich der, daß wir die Bahn nicht liquidiert haben.

Der Berichterstatter Suchowiak teilt mit, daß 10 v. H. der täglichen Einnahmen für Reparaturen und Erneuerungen bestimmt seien, die täglich einem Bankkonto überwiesen werden sollen.

Über die Art, wie dieses Bankkonto sicherzustellen sei, gehen die Meinungen auseinander.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs wird darauf mit dem Vorbehalt angenommen, daß bei dieser Erhöhung 10 v. H. einer Bank für Reparaturzwecke überwiesen werden müssen. Verfügen über dieses Geld wird der Magistrat.

Die Sitzung wurde gegen 10 Uhr geschlossen. △

Die neuen Gehaltsklassen der Städte.

In den Gehaltsklassen der Städte im Bereiche des ehemals preußischen Teilgebiets sind folgende Änderungen eingetreten:

1. Der Gehaltsklasse II sind nachstehende Ortschaften zugeteilt worden: Biedrusko bei Posen, Ławica bei Posen, Ostrowo, Posen, Rawitsch, Luisenhain bei Posen und Bentschen. 2. Der Klasse III sind zugeteilt: Kolmar, Czarnikau, Gostyn, Grodzisk, Jablonowo, Jarotschin, Exin, Kosten, Schönsee, Friedheim, Birnbaum, Mogilno, Nakel, Neutomischel, Obornik, Schildberg, Adelnau, Pleschen, Rogasen, Skalmierzyce, Schmiegel, Schrimm, Samter, Tremessen, Wongrowitz, Filehne, Witkowo, Wollstein, Wronke, Wreschen und Znin. 3. Alle übrigen Ortschaften des Teilgebiets gehören der Gehaltsklasse IV an.

⌗ **Der neue Teilgebietsminister,** Dr. Józef Wybicki, ist von Beruf Arzt und war zuletzt Landeshauptmann (Starosta Krajowy) in Thorn. Er wird in der polnischen Presse als ein Mann von ungewöhnlicher Arbeitskraft und hervorragenden persönlichen Eigenschaften geschildert. Besonders wird sein ungewöhnlicher Gemeinsinn gerühmt und der Takt, den er während seiner bisherigen Tätigkeit im Verkehr mit allen Schichten der Bevölkerung an den Tag legte. Dr. Wybicki stammt aus der Danziger Gegend und ist ein Nachkomme des Verfassers der polnischen Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren."

⌗ **Eisenbahnverkehr Posen—Danzig.** Vom 1. November ab wird auf der Strecke Posen—Bromberg und Danzig ein neuer Eilzug Nr. 203/204 eingeführt, gleichzeitig hört mit dem genannten Tage der Verkehr des Personenzuges 213/214 zwischen Bromberg und Danzig auf. Die genannten Züge werden, wie folgt, verkehren: Der Zug 203 fährt abends 11 Uhr 8 von Danzig ab und trifft 3 Uhr 40 in Bromberg ein, ist in Inowrocław 4 Uhr 52, in Mogilno 5 Uhr 26, in Gnesen 5 Uhr 58, in Posen 6 Uhr 52; Zug 204 fährt 11 Uhr 25 von Posen ab, trifft 12 Uhr 21 in Gnesen ein, ist 12 Uhr 57 in Mogilno, 1 Uhr 26 in Inowrocław, 2 Uhr 14 in Bromberg und 6 Uhr 55 in Danzig. Für den Zug 213/214 hört die Verbindung nach Danzig auf, er verbleibt nur als solcher im Gebiete der Posener Eisenbahndirektion. Dieser Zug fährt 4 Uhr 20 von Bromberg ab und trifft um 6 Uhr 51 in Tremessen ein.

⨯ **Wie die Mieten künstlich in die Höhe getrieben werden.** Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß gewissen, meist aus Kongreßpolen oder Galizien stammenden Leuten kein Preis zu hoch ist. Dafür ein neues Beispiel. In der ul. Pawła (fr. Paulikirchstr.) wird demnächst ein in seinen Ausmaßen wirklich außerordentlich bescheidener Laden frei. Ein hiesiger Einwohner wollte den Laden für irgendwelche Zwecke mieten, bat sich aber, als er den jährlichen Mietspreis von 60000 M. hörte, doch etwas Bedenkzeit aus. Wie erstaunte er wenige Tage später, als er von dem Hauswirte hörte, daß eine Porzellanwarenhandlung aus Warschau für den Laden freiwillig eine Jahresmiete von 180000 M. geboten hatte. Daß der hiesige Bewerber unter solchen Umständen für den Laden nicht mehr ernsthaft in Frage kommt, ist begreiflich.

⨯ **Die schulfreien Tage der nächsten Woche.** Zur Ergänzung bzw. Richtigstellung der gestrigen Notiz teilen wir mit, daß der Unterricht in sämtlichen Schulen, evangelischen, wie katholischen, vom Montag bis Mittwoch einschl. ausfällt.

⌗ **Die Amtsräume des Konsulats der Republik der Tschechoslowakei in Posen** sind wegen des nationalen Feiertages der Tschechoslowakei am morgigen Freitag geschlossen.

⌗ **Der Deutschtumsbund** teilt mit, daß seine Geschäftsräume am 31. Oktober, 1. und 2. November geschlossen bleiben.

= **Geschäftsverkauf.** Das Fleischwarengeschäft von W. Idzkowski, ul. Wrocławska 37 (fr. Breslauerstr.) ist von Jan Kucharski übernommen worden.

⨯ **Die Silberne Hochzeit** feiert am Sonnabend, 29. d. Mts., das Ehepaar Louis Grünspan und Frau, geb. Ruschin, ulica Woźna 7/8 (fr. Büttelstr.).

⨯ **Teure Kartoffeln.** Eine Dame aus der ul. Matejki (früher Neue Gartenstr.) kaufte gestern auf der Straße von einem Landmann 20 Ztr. Kartoffeln für „nur" 38000 M. und machte in der Freude über den günstigen Kauf sogleich eine Anzahlung von 25000 M. Als die Kartoffeln kurz darauf abgeliefert wurden, vergaß sie, daß sie die Anzahlung bereits gemacht hatte; der pfiffige Verkäufer erwähnte davon auch nichts, und so bezahlte sie statt 13000 M., nochmals die vollen 38000 M. Wer so gedankenlos ist, daß er eine so hohe Bezahlung in so kurzer Zeit vergißt, dem geschieht schon ganz recht, wenn er zur Stärkung seines schwachen Gedächtnisses ein so hohes Lehrgeld bezahlen muß.

Besitzwechsel.

c **Rogasen, 26. Oktober.** Schneidermeister Rummelsburg hat sein am Alten Markt gelegenes Haus an den Tischlermeister K. Sztuba von hier verkauft. — J. Hirsch am Alten Markt hat sein Haus an einen Friseur aus Holland verkauft.

* **Czajcze, 26. Oktober.** Die Stelle an der evangelischen Schule ist wieder besetzt worden. Lehrer Lehmann, der zuletzt in Luchowo bei Lobsens war, hat die hiesige Stelle auf vielfach geäußerte Wünsche hin übernommen, mußte aber einen Teil des Dienstlandes und Gartens, die bisher mit der Lehrerstelle verbunden waren, gemäß den Warschauer Bestimmungen, daß jedem Lehrer Land zustehe, an den katholischen Kollegen abtreten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	27. Oktober	25. Oktober
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C .	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue) . .	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	120 + N
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	320 + A	220 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	330 + A	360 + A
„ „ „ VIII . .	360 + A	360 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	—,—
Bank Ziemian I—III	—,—	275 + A
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	—,—	—,—
R. Barcikowski V em.	150 + A	—,—
Centrala Skór I—III (exkl. Kup.)	415 + A	420 + A
Luban	620 + N	—,—
Dr. Roman May I—III	—,—	600 +
„ „ „ IV	570 + A	575 + N
Patria	—,—	400 + A
Pozn. Spółka Drzewna	1300 + N	1275 + A
C. Hartwig I—III em.	500 + N	—,—
C. Hartwig IV em.	480 + A	480 + A
Cegielski I—VI em.	255 + N	260 + A
Cegielski VII em.	255 + N	260 + A
Hurtownia Związkowa	150 + A	150 + A
Centrala Rolników	275 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna	240 + N	230 + A
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	245—249 + N	—,—
Bank Poznański (exkl. Bezugsr.)	150 + A	—,—
Bank Przemysłowców	205 + N	205 + A
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Bank Stadthagen, Bydgoszcz .	320 +	—,—
Hurtownia Drogeryjna I—II . .	—,—	—,—
Hartwig Kantorowicz	670—700 + N	650 + N
Wytwornia Chemiczna I—II . .	—,—	—,—
Wyroby Ceramiczne Krotoschin .	—,—	—,—
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	150 + A	145—150 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	550-555-550 +	545 + N
Bentzki	690 +	675 + N
Orient	—,—	210 +
Sarmatia I. Em. exkl. Bezugsrecht	—,—	400 + A
Bławat	330 + N	330 +
Dom Konfekcyjny	—,—	350 +
Wielk. Huta Miedzi	300—270 + A	290-270-290 +
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	280-285-280 + A	270 + A
Trie (exkl. Dev.-Sch.)	—,—	—,—
Hurtownia Skór I	—,—	—,—
„ „ II	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	200 + A	—,—
Zjedn. Cegieln. Aug.-Gradowice .	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	—,—
Iri	—,—	—,—

= **Danziger Börse vom 26. Oktober.** 100 holländische Gulden 5694.30 Geld, 5705.70 Brief, 1 Pfund Sterling, telegraphische Auszahlung 655.30 Geld, 656.70 Brief, 1 Dollar 165.83 Geld, 166.17 Brief, 100 polnische Mark 4.13½ Geld, 4.16½ Brief, Auszahlung Warschau 3,68½ Geld, 3,71½ Brief, Auszahlung Posen 3,58½ Geld, 3,61½ Brief.

= **Rigaer Börsenbericht vom 26. Oktober.** Engl. Pfund 1365, Dollar 345, Franken 25, schwedische Krone 80,25, dänische Krone 76, deutsche Mark 2, finnische Mark 5.40, estnische Mark 0,75, polnische Mark 0,10, lettischer Goldfranken 67.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 27. Oktober.

Die Industrie- und Handelskammer

teilt uns mit:

Am 19. d. M. fand in Warschau eine Sitzung des Zollkomitees statt, an der Vertreter der Posener Industrie- und Handelskammer teilnahmen. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Mit dem 1. Dezember d. J. werden die Zollmultiplikatoren erhöht — der normale Multiplikator von 150 auf 400, der Luxusmultiplikator von 250 auf 800. Gleichzeitig wird eine neue Verordnung über Zollerleichterungen veröffentlicht werden, in welcher statt der bisherigen Multiplikatoren 1 und 10 die Multiplikatoren 5,50 und 250 eingeführt werden.

I. Die erste Warenliste mit dem Multiplikator 5 enthält Rohstoffe, ferner Kunstdünger, Eisenbahnwagen für normale Gleise sowie für Brücken, Plattformen, Kohlenwagen (Pos. 174 p. 1 a), Eisenbahnzisternen, eiserne Dampfschiffe und Schiffe, Transportkähne aus Holz (bis zu 600 Tonnen Flächeninhalt) Pos. 175 p. 3, landwirtschaftliche Maschinen, außer den in der zweiten Liste mit dem Multiplikator 50 aufgeführten. Außerdem Papier für Druckereien. Auf die erste Liste sind die von der Luxuswarenliste gestrichenen Kompotte und Säfte (Pos. 24 p. 8) sowie frische und getrocknete Blätter (Pos. 62 p. 6) übertragen worden.

II. Aus der Verordnung über Zollerleichterungen ist folgendes gestrichen worden: Ziegeln, Chamottlehmplatten (Pos. 73 p. 3 a), unmontierte Porzellanteile für elektrotechnische Zwecke (Pos. 75 p. 4 a, b) und elektrische Ventile.

III. In der Liste mit dem Multiplikator 50 sind außer den oben erwähnten noch folgende Änderungen eingeführt worden:

a) Es sind von der ersten Liste auf die zweite übertragen worden: unbearbeitete Eisenwalzen aus Gußeisen (Pos. 150 p. 2 a) und einfache Röhren, Eisen- und Stahlröhren ohne Naht (Pos. 152 p. 2).

b) Bei den Metallbearbeitungsmaschinen ist der Absatz: „mit Ausnahme von Drehmaschinen von einer Höhe von 250 mm und weniger" (Pos. 167 A p. 19) gestrichen worden.

c) Für landwirtschaftliche Dampflokomobilen, Dreschmaschinen, Furchensäemaschinen sowie die angeführten Werkzeuge und landwirtschaftliche Maschinen (Pos. 167 C 2, 3, 4, 6) werden Erleichterungen im Falle ungenügender Produktion von Maschinen im Lande nach jedesmaliger Bescheinigung des Ministeriums für Industrie und Handel im Rahmen des festgesetzten Kontingents vorgesehen.

d) Die zweite Liste enthält auch Stahl zur Anfertigung von Messern für Schneidemaschinen und gebrauchte Säcke.

IV. Die Luxuswarenliste mit dem Multiplikator 800 enthält auch folgende Waren: Kunst- und Naturseide zum Nähen und Sticken aufgerollt auf Spulen, Kartons sowie Zigarettenhülsen und Zigarettenpapier, gebunden in Heften.

Obige Beschlüsse sollen, sofern sie vom Handels- und Finanzminister bestätigt werden, sieben Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten.

Der Ministerrat hat auf Antrag des Finanzdepartements des Ministeriums für das ehemalige preußische Teilgebiet neue Grundlagen zur Belastung von Tabakfabrikaten in unserem Teilgebiet beschlossen, welche in den allernächsten Tagen veröffentlicht werden. Die Belastung wird für Zigarren 80 Prozent, für Zigaretten 50 Prozent, für feingeschnittene Tabake 55 Prozent des Detailverkaufspreises betragen.

X **Allzu große Vertrauensseligkeit** bekundete gestern früh ein junges Mädchen in Gurtschin, das mit einem grünen Handkoffer, in dem sich eine große Geldsumme befand, von der „Endstation" in die Stadt fahren wollte. Sie bemerkte vor dem Besteigen der Straßenbahn, daß sich ihr Schuhband gelockert hatte, und bat deshalb ein anderes, ihr unbekanntes junges Mädchen, auf den Koffer so lange Obacht zu geben, bis sie in einem Nachbarhause den Schuh wieder in Ordnung gebracht hätte. Als sie zurückkehrte, war das junge Mädchen verschwunden, mit ihr der Koffer samt dem wertvollen Inhalt. Von der „treuen Hüterin" kann die Geprellte nur eine ganz ungenaue Beschreibung geben. Sie weiß nur, daß sie mittelgroß ist, schwarze Haare und ein längliches Gesicht, sowie eine schlanke Figur hat. Bekleidet war sie mit einem Mantel aus feldgrauem Tuch.

X **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht zum Mittwoch in den Kiosk am Plac Sapieżyński (fr. Sapiehaplatz) verübt. Gestohlen wurden 15 Pfund Butter und zwei Gewichtwagen im Gesamtwert von 35 000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Lemberg,** 26. Oktober. (PAT.) In der Sitzung der städtischen Verpflegungskommission sprach der Direktor des städtischen Schlachtviehhofes Krzyształowicz die Überzeugung aus, daß die Preise für Fleisch, hauptsächlich Schweinefleisch, eine Ermäßigung erfahren müßten. Die rumänischen Kaufleute erklärten wegen der Erhöhung der polnischen Mark ihre Bereitwilligkeit, Lemberg mit billigerem Fleisch zu versorgen, als dieses die Lemberger Schlächter lieferten. In derselben Sitzung forderte das städtische Amt die Stadtverwaltung auf, Schritte einzuleiten, um Bäckereien und Mühlen zu eröffnen, um auf diese Weise eine Ermäßigung des Brotpreises herbeizuführen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Die glückliche Geburt unseres Sohnes

Alfred-Horst

zeigen wir hiermit in herzlicher Freude an

Hugo Perlinski und Frau Johanna,
geb. Hornstein.

Poznań, ulica Forteczna 43
z. Zt. Frauenklinik Dr. L. Kantorowicz (3617

Am Mittwoch, dem 26. Oktober, abends 3/4 8 Uhr entschlief nach langem schweren, mit großer Geduld getragenem Leiden meine liebe Frau, unsere inniggeliebte, gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Apotheker

Minna Hanisch, geb. Krause

im Alter von 57 Jahren.

In tiefem Schmerz
im Namen der Hinterbliebenen:
Bruno Hanisch, Apothekenbesitzer.

Die Ueberführung findet Freitag nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, ul. Kraszewskiego 12, aus statt. Die Beisetzung ist Sonntag, d. 30. Okt. in Schmiegel.

Am 26. d. Mts. früh 6 Uhr folgte ihrem vor 6 Wochen heimgegangenen Gatten in die Ewigkeit nach

Frau Karoline Loreck
geb. Hübscher,
im Alter von 86 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Poznań, Neuyork, den 26. 10. 1921.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag 4 Uhr auf dem alten Paulifriedhof am früheren Rittertor statt. (3614

Zeitungsbezieher,
welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

an das Postamt wenden,

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir, eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 zu richten.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 28. Okt., ab. 5¼ Uhr.
Sonnabend morgens 9 Uhr (beginn. mit Schacharis) u. Neumondverkündigung (Marcheschwan) u. Predigt, nachm. 4 Uhr Mincha, nachm. 4¼ Uhr Jugendandacht. abends 6 Uhr 10 M. Sabbatausgang.

Werktags-Andacht.
Morgens 7½ Uhr u. abends 5½ Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 28. Oktober, abends 5¼ Uhr.
Sonnabend vorm. 10 Uhr mit Neumondverkündigung.

Werktags-Andacht.
Morgens 7½ Uhr u. abends 5½ Uhr.

Die gegen Herrn Paul Höhne ausgesprochene Beleidigung nimmt m. dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Klara Bast.
